



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



EURONATUR



FONDATION
POUR LA NATURE
ET L'HOMME



GREENPEACE



**Klima
Allianz**
Deutschland



Gemeinsame Erklärung von französischen und deutschen NGOs zur Reform des EU-Fiskalrahmens

Der schreckliche Krieg in der Ukraine bringt Europa an einen Wendepunkt. Er verdeutlicht die Verwundbarkeit und Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen, Öl, Kohle und fossilem Gas, insbesondere aus Russland. Die Beschleunigung der Energieeffizienz und der Energiewende insgesamt und die Sicherstellung ausreichender finanzieller Mittel dafür sind jetzt entscheidend. Um den schwerwiegenden Folgen von COVID-19 für die öffentliche Gesundheit und die Verschlechterung der europäischen Wirtschaftslage zu begegnen, hat die Europäische Kommission 2020 die allgemeine Ausweichklausel für den Stabilitäts- und Wachstumspakt aktiviert, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, um die Krise zu bewältigen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde damals als unvereinbar mit den Anforderungen zur Bewältigung der Krise, mit der die Europäische Union immer noch konfrontiert ist, angesehen. Gleichwohl erweist sich der Pakt für die Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise und für die Umsetzung des Europäischen Green Deal ebenfalls als ungeeignet. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt berücksichtigt nicht die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels und sie fördern keine Investitionen zugunsten einer grünen und gerechten

Transformation, sondern zielen nur auf Wirtschaftswachstum ab. Die Haushaltsregeln wurden entwickelt, um makroökonomische Stabilität zu erreichen und die Belastung für künftige Generationen zu verringern. Heute bedeutet dies, dass wir in den gerechten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft investieren müssen, um die globale Erwärmung unter 1,5°C zu halten.

Wir können es uns nicht leisten, zu den Regeln zurückzukehren, wie sie einmal waren. Das „Fit for 55“-Paket

ist das größte und ehrgeizigste Legislativpaket für die grüne Transformation. Um jedoch unser Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent bis 2030 zu erreichen und zu übertreffen, und deutlich vor 2050 klimaneutral zu wirtschaften, **müssen die Fiskal- und Haushaltsregeln angepasst werden, damit sie ihren Zweck erfüllen können.**

Dazu muss eine „Goldene Regel des Green Deals“, die grüne Ausgaben sichert und Anreize für die Mitgliedstaaten schafft, verstärkt in die grüne Transformation zu investieren, Teil der europäischen Fiskal- und Haushaltsregeln werden. Eine solche Regel würde es den **Mitgliedstaaten ermöglichen, die für die sozialgerechte Transformation dringend benötigten öffentlichen Ausgaben** von der Berechnung ihrer Defizit- und Ausgabenobergrenzen auszunehmen. Dies erfordert in einem ersten Schritt das Zusammenspiel von Haushaltskonsolidierung und Flexibilitätsregeln weiter zu entwickeln. Langfristig könnte ein Nachhaltigkeits- und Stabilitätspakt den Stabilitäts- und Wachstumspakt ablösen und die Grundlage für die sozial-ökologische Transformation der EU werden, die Europa resilient macht.

Rasche und massive Investitionen in den grünen Wandel sind dringend erforderlich, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, Kohle, Öl und fossilem Gas zu verringern. Dies bedeutet, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Suffizienz gefördert werden müssen, anstatt weiterhin Investitionen in fossiles Gas und Kernenergie zu lenken. Klimaschutz ist Teil der Friedenssicherung. Die Europäische Kommission schätzt, dass zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 520 Milliarden Euro pro Jahr benötigt werden, um die Transformation bis 2030¹ zu finanzieren. Der Europäische Rechnungshof geht unter Berücksichtigung der Ziele des Klimapakets „Fit for 55“ davon aus, dass in den nächsten dreißig Jahren 28 Billionen Euro öffentlich und privat investiert werden müssen, d. h. rund 1.000 Milliarden Euro pro Jahr im Zeitraum 2021-2050. Wenn wir uns jetzt nicht stark engagieren, werden die Kosten durch Untätigkeit in den Bereichen Klima, Umwelt und Soziales noch höher² sein. Das sollte von den Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen bei der Überarbeitung der Haushaltsregeln berücksichtigt werden.

Den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu reformieren ist dringend notwendig, um das Fit for 55-Paket und den Europäischen Green Deal insgesamt zu finanzieren und

die Ambitionen der Klima- und Biodiversitätspolitik zu stärken und gleichzeitig die finanzielle Nachhaltigkeit der nationalen Haushalte zu gewährleisten. Die Mitgliedstaaten müssen in der Lage sein, die notwendigen Investitionen in die Transformation zu tätigen, ohne andere öffentliche Ausgaben beispielsweise im Gesundheits- und Sozialbereich kürzen zu müssen. **Im Gegenzug müssen die Mitgliedstaaten umweltschädliche Ausgaben so schnell wie möglich beenden und die Klima- und Umweltintegrität ihrer nationalen Haushalte sicherstellen.**

Das deutsch-französische Duo hat im Jahr 2020 mit der notwendigen Dynamik ein historisches EU-Instrument zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen in Folge der COVID-Krise vorangetrieben. Dies war ein wichtiger Schritt der europäischen Solidarität, der vor allem durch den damaligen deutschen Finanzminister Olaf Scholz und den französischen Finanzminister Bruno Le Maire ermöglicht wurde. Jetzt gilt es, diesen Fortschritt zu institutionalisieren und den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu reformieren, um das ehrgeizige Projekt der Klimaneutralität der EU vor 2050 zu verwirklichen.

Es liegt nun an der Regierung des französischen Präsidenten Macron und der Koalition von Bundeskanzler Scholz, diesen historischen Schritt für ein klimaneutrales, grünes und unabhängiges Europa zu vollziehen.

Unterzeichnende Organisationen: Deutscher Naturschutzring (DNR), Réseau Action Climat - France, Alofa Tuvalu, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) - Friends of the Earth Germany, Deutscher Tierschutzbund, EuroNatur, Fondation pour la Nature et l'Homme, France Nature Environnement, Greenpeace, Germanwatch e.V., Klima-Allianz Deutschland, SEPANSO, WWF Deutschland, WWF France

Stand: März 2022

Kontakt für Rückfragen:

Bjela Vossen

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Leiterin EU-Koordination

E-Mail: bjela.vossen@dnr.de

Neil Makaroff

Réseau Action Climat - France

Responsable Europe

E-Mail: neil.makaroff@reseauactionclimat.org

¹ „Communication from the Commission to the European parliament, the Council, the European Central Bank, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions - The EU economy after COVID-19: implications for economic governance“, October 19th, 2021 (engl). https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/economic_governance_review-communication.pdf

² Joint Research Centre of the European Commission, „JRC Technical report - Economic analysis of selected climate impacts“, 2020 (engl). https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC120452/pesetaiv_task_14_economic_analysis_final_report.pdf